

**Freie
Demokraten**



im Landtag
Niedersachsen **FDP**

Halbzeitbilanz

20 Beispiele für ungenutzte
CHANCEN FÜR NIEDERSACHSEN

Inhaltsverzeichnis

Flüchtlingspolitik	4	Kommunalpolitik	24
Finanzpolitik	6	Kultur- und Wissenschaftspolitik	26
Wirtschaftspolitik	8	EU-Förderung	28
Verfassungsschutz	10	Schifffahrtspolitik	30
Bildungspolitik	12	Bildungspolitik	32
Energiepolitik	14	Bildungspolitik	34
Verkehrspolitik	16	Umweltpolitik	36
Landwirtschaftspolitik	18	Landwirtschaftspolitik	38
Sozialpolitik	20	Raumordnung	40
Justizpolitik	22	Wirtschaftspolitik	42

01

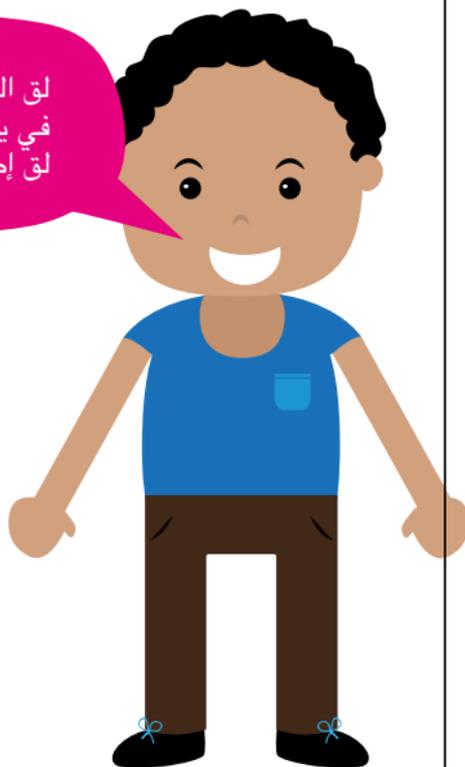
Flüchtlingspolitik



SPD und Grüne zögern bei konkreten Hilfen für Flüchtlinge – Fingerzeig nach Berlin

Satte 30 Millionen Euro haben SPD und Grüne in den Haushaltsberatungen für Wunschprojekte übers Land verteilt. Gerade mal 500.000 Euro davon wurden für Sprachkurse für Flüchtlinge abgezweigt. Den Antrag der FDP-Fraktion, welcher über 12 Millionen Euro für Deutschkurse für Flüchtlinge vorsieht, hatten SPD und Grüne im Dezember 2014 im Landtag abgelehnt.

لق النصوصا خاصة
في يم لقة أسرع.
لق إصدارول يمكنك



Wir wollen den Menschen,
die vor Krieg und Leid fliehen,
eine Perspektive geben.



Sprachkurse für jeden Flüchtling

Die FDP-Fraktion fordert deutlich mehr Mittel für Sprachkurse, ein landesweites Konzept zum Schutz von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und einen entschiedenen Einsatz gegen alle Arbeitsverbote für Flüchtlinge. Wir wollen den Menschen, die vor Krieg und Leid fliehen, eine Perspektive geben. Menschen, die bereit sind etwas zu leisten, sollen nicht auf staatliche Alimentierung angewiesen sein.



Unser Antrag: Deine Chance, unsere gemeinsame Zukunft
www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen_17_5000/3001-3500/17-3119.pdf

02

Finanzpolitik



Niedersachsen wird zum Schuldenland – trotz Rekord-Steuereinnahmen

Seit 2013 sind die niedersächsischen Steuereinnahmen um fast 2 Milliarden Euro gestiegen. Auch 2015 kann die Landesregierung nach aktueller Schätzung mit einem Plus von 203 Millionen Euro rechnen. Gleichzeitig profitierte Niedersachsen allein 2014 von einer um 340 Millionen Euro geringeren Zinslast. Rot-Grün jedoch hat den Konsolidierungspfad der Vorgängerregierung verlassen und macht trotz der historischen Chance in Zeiten von wirtschaftlicher Stabilität, Niedrigzinsen und Rekordergebnissen immer mehr Schulden, anstatt die Möglichkeit zum ausgeglichenen Haushalt zu nutzen.



Ein Landeshaushalt ohne neue Schulden ist schon heute möglich – bei gleichzeitigen Mehrinvestitionen in Bildung, Innovationen, Infrastruktur und Flüchtlingspolitik.



Landeshaushalt ohne Schulden ist möglich – auch mit Investitionen

Die Politik muss Steuergelder so sparsam, nachhaltig und wirksam wie möglich verwenden – gerade in Zeiten des demografischen Wandels. Der Abbau der Neuverschuldung ist daher von zentraler Bedeutung. Wir Freien Demokraten haben es vorgerechnet: Ein Landeshaushalt ohne neue Schulden ist schon heute möglich – bei gleichzeitigen Mehrinvestitionen in Bildung, Innovationen, Infrastruktur und Flüchtlingspolitik. Niedersachsen hat kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem.



Unser Antrag: Steuermehrereinnahmen zum Abbau der Neuverschuldung nutzen - Rot-Grün muss Nachtragshaushalt 2015 vorlegen
www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_17_5000/3501-4000/17-3535.pdf

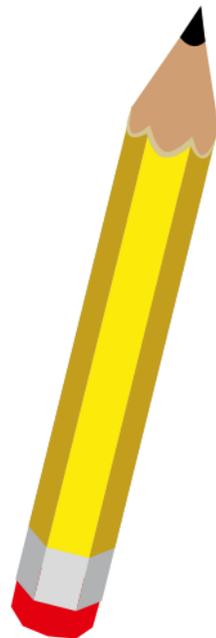
03

Wirtschaftspolitik



Teure Bürokratie für Mittelstand und Handwerk – Vergabegesetz benachteiligt kleine Unternehmen

Das Landesvergabegesetz wurde von Rot-Grün so geändert, dass Unternehmen mit zusätzlicher Bürokratie überhäuft werden. So müssen Autowerkstätten nun etwa bei der Bewerbung um einen Auftrag ein Frauenförderungsprogramm nachweisen. Kleine Unternehmen haben nicht die Zeit, sich um die bürokratischen Voraussetzungen für eine Bewerbung um einen öffentlichen Auftrag zu kümmern, sie werden so systematisch ausgeschlossen. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass die Landesregierung sich selbst nicht an das Gesetz hält oder halten kann.



**Schnelle Auftragsvergabe,
ohne viel Verwaltung und Bürokratie.**



Bürokratie-Monster streichen – Vergabegesetz nur zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen

Die FDP-Landtagsfraktion hat einen Gesetzentwurf für eine unbürokratische Vergabe öffentlicher Aufträge als Alternativvorschlag ins Plenum eingebracht. Handwerker vor Ort können ohne Bürokratie einfach Angebote abgeben und der preiswerteste erhält den Auftrag. Schnelle Auftragsvergabe, ohne viel Verwaltung und Bürokratie. So wollen wir kleine und mittelständische Unternehmen fördern, statt sie zu gängeln.



Gesetzentwurf der FDP-Fraktion Landesvergabegesetz
www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_17_2500/2001-2500/17-2153.pdf

04

Verfassungsschutz



Die Zahl der Salafisten steigt – Neue Bedrohungslage ohne angemessenes Konzept

Die Anzahl der Salafisten steigt mit jedem Jahr in Niedersachsen an. Die Absage des „Schoduvel“ in Braunschweig aufgrund einer Bombendrohung zeigt, dass die Terrorgefahr in Niedersachsen nicht mehr abstrakt ist. Eine Beratungsstelle für Eltern oder andere Bezugspersonen von islamistisch-radikalisierten Jugendlichen hat die Landesregierung erst nach einer Verzögerung von zwei Jahren eingerichtet. Die Präventionsstelle für ganz Niedersachsen ist lediglich mit drei Mitarbeitern besetzt.

**Aufgrund der dynamischen Entwicklung
der salafistischen Szene fordert die FDP-Fraktion
eine Verstärkung der Mitarbeiterzahl
in der Beratungsstelle.**



Stärkung der Sicherheitsbehörden – Angemessene Hilfe für die betroffenen Eltern

Die FDP-Fraktion fordert, Polizei und Verfassungsschutz ausreichend mit technischen Mitteln und Personal auszustatten, damit sie ihre Aufgaben effektiv wahrnehmen können. Die Landesregierung muss ein Konzept vorlegen, um nachhaltig zu verhindern, dass sich immer mehr Niedersachsen – insbesondere Jugendliche – den islamistischen Lehren anschließen. Aufgrund der dynamischen Entwicklung der salafistischen Szene fordert die FDP-Fraktion eine Verstärkung der Mitarbeiterzahl in der Beratungsstelle.



Unser Antrag: Vertrauen in den Verfassungsschutz wieder herstellen
www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen_17_2500/0001-0500/17-0445.pdf

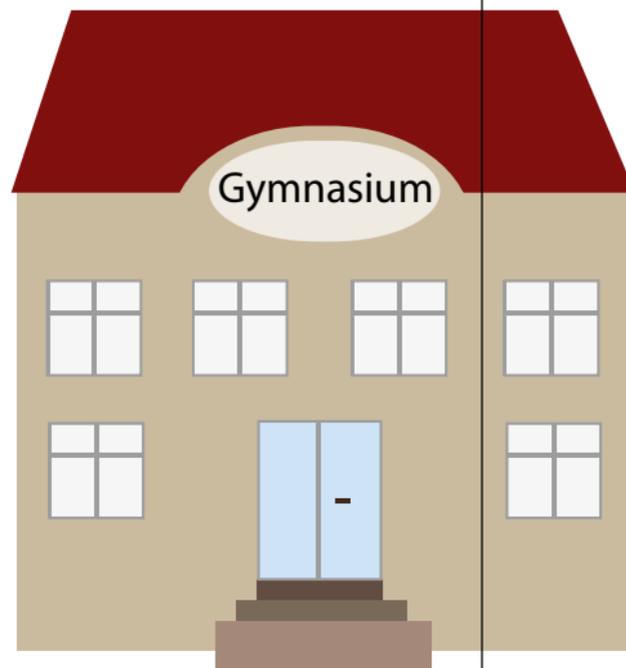
05

Bildungspolitik



Gesamtschule als ersetzende Schulform und Abschaffung der Förderschulen: Niedersachsen wird Einheitsschulland

Dank SPD und Grünen ist die Integrierte Gesamtschule ersetzende Schulform. Ein Schulträger braucht künftig weder Haupt-, Real- und Oberschulen noch Gymnasien anzubieten, wenn eine IGS vorhanden ist. Darüber hinaus laufen die Förderschulen Lernen aus und neue Förderschulen Sprache dürfen nicht errichtet werden. Rot-Grün lässt Eltern und Schülern keine Wahl. Niedersachsen wird zum Einheitsschulland.



Nach einer Vergesamtschulung werden die Schwächsten die Leidtragenden sein.



Nur Bildungsvielfalt sichert Chancen für jeden

Wir sind überzeugt: Die beste Bildung für jedes Kind lässt sich nicht an einer Einheitsschule verwirklichen. Die Vielfalt der Schülerinnen und Schüler muss aus einer Vielfalt an Bildungsangeboten wählen können. Wir wollen daher ein differenziertes Schulsystem, das jeden entsprechend seiner Begabungen fördert und die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen garantiert. Nach einer Vergesamtschulung werden die Schwächsten die Leidtragenden sein.



Gesetzentwurf der FDP-Fraktion Änderung des Schulgesetzes
www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_17_5000/3501-4000/17-3600.pdf

06

Energiepolitik



Ausbau der Windenergie um jeden Preis

Mit dem Windenergieerlass soll der Mindestabstand von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung künftig auf das Doppelte der Nabenhöhe (2H) reduziert werden. Damit will die Landesregierung den Ausbau der Windenergie vorantreiben, obwohl weiterhin Netze und Speichertechnologien fehlen. Während sich landesweit über 100 Bürgerinitiativen gegen die Windkraftpläne der Landesregierung gegründet haben, ließ sich das Ministerium seinen Erlass von Lobbyisten für Erneuerbare Energien schreiben.



Energiewende mit den Menschen gestalten, nicht gegen sie.



Die FDP will eine Energiewende mit den Menschen statt gegen sie. Ein unkontrollierter Ausbau von Windenergieanlagen, speziell in der Nähe von Siedlungen, belastet Eigentum und Gesundheit der Menschen und schadet der Natur in diesem Land. Die FDP-Fraktion fordert, einen Mindestabstand von 10H (zehnfache Nabenhöhe) festzuschreiben. Zudem müssen die Bürger bei Prüf- bzw. Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen umfassend beteiligt werden.

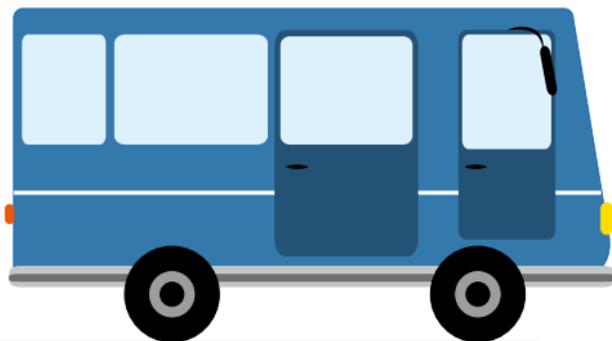


Unser Antrag: Eigentum schützen - Anwohnerinteressen berücksichtigen - Sorgen der Bürger beim Ausbau der Windenergie an Land ernst nehmen

www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_17_2500/1501-2000/17-1973.pdf

07

Verkehrspolitik



Investitions-Stau: Straßen und Brücken verfallen – Neu- und Ausbau kommen zum Erliegen

„Kein Spatenstich in dieser Legislaturperiode“ ist das Motto von Koalitionspartner Bündnis90/Die Grünen. Deshalb hat Rot-Grün sowohl die Planungsmittel für Autobahnneubauten als auch die Finanzmittel für den Straßen- und Radwegebau gekürzt. Bei den Planungen der Straßenbauvorhaben sind inzwischen massive Verzögerungen aufgetreten. Die SPD redet viel über den gewollten Straßenaus- und Neubau, aber wenn gehandelt werden müsste, wird die Regierung von den Grünen an die Kette gelegt und es tritt Stillstand ein. Lediglich das Mantra „Erhalt vor Neubau“ wird gemeinsam vertreten. Das ist zu wenig, um den Dauerstau auf Niedersachsens Straßen zu vermeiden.

**Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich für
mehr Geld im Straßen- und Radwegebau und
die Erhöhung der Planungsmittel für die A 20 und A 39 ein.**



Engpässe im Straßennetz beseitigen – Bedarfsgerechten Aus- und Neubau umsetzen

Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich für mehr Geld im Straßen- und Radwegebau und die Erhöhung der Planungsmittel für die A 20 und A 39 ein. Die FDP-Fraktion nimmt die Güterverkehrsprognosen und die täglichen Staus und Engpässe auf den Straßen und Schienen ernst und setzt sich neben dem Erhalt der Infrastruktur für einen bedarfsgerechten Aus- und Neubau ein.



Unser Antrag: Die A 39 ist von großer wirtschaftlicher und verkehrlicher Bedeutung für Niedersachsen
www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_17_2500/0001-0500/17-0447.pdf

08

Landwirtschaftspolitik



Landwirte als Sündenböcke – Ideologische Politik stellt Bauern an den Rand der Gesellschaft

Die „sanfte Agrarwende“ trifft die niedersächsischen Bauernfamilien mit voller Wucht. Rot-grüne Rhetorik („Massentierhaltung“) lässt Landwirte als skrupellose Tierquäler dastehen. Für gesamtgesellschaftliche Probleme wie Antibiotika-Resistenzen werden sie alleine verantwortlich gemacht. So trägt die Landesregierung dazu bei, dass ganze Familien am Arbeitsplatz, in der Schule, beim Einkaufen oder beim Kirchenbesuch beschimpft und gemobbt werden. Sie unterstützt die grüne Propagandamaschinerie zugunsten eines antiquierten rückwärtsgewandten Bildes von Landwirtschaft. Realitäten wie aktuelle Marktbedingungen und wissenschaftliche Erkenntnisse werden ausgeblendet.

Durch eine nachhaltige Wirtschaftsweise übernehmen Landwirte Verantwortung für sich und die Gesellschaft.



Landwirte als Unternehmer – Bauern sorgen für Ernährungssicherheit und gesellschaftlichen Wohlstand

Nach Auffassung der FDP-Fraktion bewegen sich Landwirte innerhalb eines marktwirtschaftlichen Systems. Sie müssen die Signale der (Welt-)Märkte erkennen und sich darin positionieren. Fortschrittliches Denken und Offenheit für Innovationen sichern die Zukunftsfähigkeit der Betriebe. Durch eine nachhaltige Wirtschaftsweise übernehmen Landwirte Verantwortung für sich und die Gesellschaft. Sie erzeugen erstklassige Lebensmittel und leisten dazu einen erheblichen Beitrag für den Naturschutz. Diese Leistungen müssen gesellschaftliche Anerkennung finden. Die FDP-Fraktion setzt sich für ein politisches Umfeld ein, das den Landwirten Entwicklungsfreiraum lässt und überbordende Bürokratie verhindert.



Grundsatzpapier zur Agrarpolitik
www.fdp-fraktion-nds.de/wp-content/uploads/Grundsatzpapier-zur-Agrarpolitik1.pdf

09

Sozialpolitik



Zwangsmitgliedschaft in Pflegekammer

Seit Beginn der Legislaturperiode soll - gegen den Willen der meisten Betroffenen - eine Pflegekammer mit Zwangsmitgliedschaft eingeführt werden. Die verpflichtenden Mitgliedsbeiträge entsprechen einer Netto-Lohnkürzung für die Beschäftigten, ohne dass die Pflegekräfte etwas davon haben. Auch das Land wird finanzielle Nachteile durch die Einführung der Kammer haben, da die Kosten der Kammer, von rund fünf Millionen Euro pro Jahr, zunächst vom Land übernommen werden sollen.



Denn eines brauchen wir in der Pflege mit Sicherheit nicht – mehr Bürokratie.



Freie Entscheidung und keine weitere Belastung der Pflegenden in Niedersachsen

Gemeinsam mit den Betroffenen (und den Verbänden wie z.B. bpa, verdi oder der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege) kämpfen wir gegen eine weitere finanzielle und bürokratische Belastung der Pflegenden - und damit auch gegen die Pflegekammer. Denn eines brauchen wir in der Pflege mit Sicherheit nicht – mehr Bürokratie. Außerdem werden auch die gewünschten Qualitätseffekte durch Pflegekammern nicht erreicht. Die wirklichen Probleme in der Altenpflege sind eher Personalmangel, überdurchschnittliche Teilzeitquote und geringe Bezahlung. Die Aufwertung des Pflegeberufs ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die sich nicht mit der Gründung einer eigenen berufsständischen Vertretung in Form einer Kammer lösen lässt.



Antwort auf Mündliche Anfrage „Wie reagiert die Landesregierung auf das Bündnis gegen die Pflegekammer?“
www.landtag-niedersachsen.de/ps/tools/download.php?file=/ltnds/live/cms/dms/psfile/docfile/91/17_326551cfc4b426d9.pdf&name=17-3265.pdf&disposition=attachment

10

Justizpolitik

Pleiten, Pech und Pannen im Niedersächsischen Justizministerium

Die Serien von Pleiten, Pech und Pannen im Niedersächsischen Justizministerium haben die niedersächsische Justiz bundesweit blamiert. Die zweieinhalb Jahre der Regierungszeit von Ministerin Niewisch-Lennartz waren von – größtenteils hausgemachten – Skandalen geprägt. Neben zahlreichen fehlerhaften Unterrichtungen der Öffentlichkeit bzw. des Landtags sowie mehrerer Ermittlungsverfahren gegen hohe Beamte des Landes, die den Anschein erweckten, politisch geprägt zu sein, haben immer wieder vertrauliche Informationen aus Ermittlungsverfahren den Weg in die Öffentlichkeit gefunden. Nicht nur Betroffene, sondern auch Ermittler wurden bloß gestellt und Ermittlungserfolge gefährdet.

In der Koalitionsvereinbarung von 2013 wurde die Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes vereinbart. Noch im Sommer 2013 wurde seitens des Justizministeriums angekündigt, im Frühjahr 2014 einen Referentenentwurf in die Verbandsanhörung zu geben und Ende 2014 den Gesetzesentwurf im Landtag zu beschließen. Bis dato wurde weder ein Referentenentwurf vorgestellt noch ein Gesetz beschlossen. Der Beitrag der Landesregierung zum Thema Transparenz erschöpft sich in Lippenbekenntnissen.



Das Ansehen der Justiz und das Vertrauen der Bürger in die niedersächsische Justiz stärken

Die FDP-Fraktion fordert eine Leitung mit Format und Autorität für das Niedersächsische Justizministerium. Die niedersächsische Justiz leistet gute Arbeit und deshalb dürfen ihr Ansehen und das Vertrauen der Bürger in die niedersächsische Justiz nicht durch Verfehlungen der Ministerin beschädigt werden. Der Rechtsstaat ist eine tragende Säule unserer freiheitlichen Gesellschaft. Alleine der Eindruck einer politischen Justiz ist schon ein Versagen der Justizpolitik. Die „Durchstechereien“ von vertraulichen Informationen aus Ermittlungsverfahren sind nicht nur geeignet, die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen zu verletzen, sondern auch den Grundsatz der Unschuldsvermutung eines jeden Bürgers auszuhebeln. Die FDP-Fraktion fordert daher eine externe Evaluation der Informationswege in der Justiz, damit die „undichten Stellen“ behoben werden können.

Die FDP-Fraktion hat bereits im Juni 2013 einen Entwurf zum Informationsfreiheitsgesetz vorgelegt. Der Zugang zu Informationen von behördlichen Handeln verstärkt die Akzeptanz von hoheitlichen Entscheidungen und erhöht ihre Transparenz. Die FDP-Fraktion hat ferner im Januar 2014 einen Gesetzesentwurf zur Einführung einer Landesverfassungsbeschwerde in den Landtag eingebracht. Die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Individualverfassungsbeschwerde auf Landesebene im Sinne eines gesteigerten Rechtsschutzes haben ebenfalls sowohl der ehemalige Präsident des Niedersächsischen Staatsgerichtshofes, Professor Dr. iur. Jörn Ipsen, als auch der amtierende Präsident des Niedersächsischen Staatsgerichtshofes, Dr. Herwig van Nieuwland, mehrmals festgestellt und eine Einführung ausdrücklich begrüßt.



Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Informationsfreiheit in Niedersachsen
www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_17_2500/0001-0500/17-0278.pdf

11

Kommunalpolitik



Flüchtlingsunterbringung nach Kassenlage

Die Zahl der Flüchtlinge steigt, aber die Kommunen werden vom Land nicht ausreichend unterstützt. So bleiben die Kommunen meist auf dem Großteil der Kosten für die Betreuung und Unterbringung sitzen. Durch die Stichtagsregelung erhalten die Kommunen derzeit Zahlungen, die weit unter den aktuellen Bedarfen liegen. Rot-Grün zeigt nur mit dem Finger nach Berlin und will die Kommunen mit Warten auf Handeln der Bundesregierung abspeisen. Die Landesregierung duckt sich weg, wenn es um ihre Verantwortung geht. Die ohnehin schon hoch belasteten Kommunen werden von dieser Landesregierung weiter gebeutelt.



Die FDP-Fraktion setzt sich dafür ein, dass die Kommunen die Kosten voll erstattet bekommen.



Kosten müssen voll erstattet werden

Die FDP-Fraktion setzt sich dafür ein, dass die Kommunen die Kosten voll erstattet bekommen. Die Kopfpauschalen müssen erhöht werden und die bestehende Stichtagsregelung verändert, damit die Kommunen nicht mehr so viel Geld vorstrecken müssen. Die Erstattung von Behandlungskosten muss durch den Bund erfolgen.



Unser Antrag: Die Sorgen der Kommunen ernst nehmen – Kostendeckung für qualifizierte Asylbetreuungsleistungen sicherstellen

www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen_17_2500/1501-2000/17-1972.pdf

12

Kultur- und Wissenschaftspolitik



Investitionsprogramm für kleine Museen gestrichen – Kulturelle Schätze sind bedroht

SPD und Grüne haben das von der schwarz-gelben Vorgängerregierung aufgelegte Investitionsprogramm für kleine Museen im Umfang von über zwei Millionen Euro gestrichen. Mit diesen Mitteln konnten Einrichtungen in Barrierefreiheit, Lagerungsbedingungen, Brandschutz und Medieneinsatz investieren. Sowohl die Bewahrung der kulturellen Schätze unseres Landes als auch die Weitergabe des kulturellen Gedächtnisses sind durch die Streichung bedroht.

**Wir wollen das kulturelle Erbe und
die kulturelle Vielfalt unseres Landes
erhalten und zugänglich machen.**



Kulturelles Erbe bewahren und die Erschließung neuer Besuchergruppen unterstützen

Wir wollen das kulturelle Erbe und die kulturelle Vielfalt unseres Landes erhalten und zugänglich machen. Wir haben daher eine Wiederauflage des Investitionsprogramms angestoßen. Darüber hinaus wollen wir die Bedingungen in den Depots der Museen verbessern, da aktuell viele Sammlungen durch schlechte Lagerungsbedingungen bedroht sind. Niedersachsen braucht innovative Konzepte wie zentrale Depots und Koordinierungsstellen für Museumspädagogen.



Unser Antrag: Verborgene Schätze - Zu wertvoll für die Vergänglichkeit!
www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_17_5000/3501-4000/17-3536.pdf

13

EU-Förderung



Bürokratiemonster bei EU-Förderung erschaffen – Kein Vertrauen in Menschen vor Ort

Rot-Grün hat die EU-Förderung komplett verschlafen. Niedersächsische Landesprogramme für die Fonds EFRE und ESF sowie ELER wurden erst weit nach dem Start der neuen Förderperiode in 2014 genehmigt (Februar bzw. Mai 2015). Andere Bundesländer waren deutlich schneller. Die Regierung nimmt damit billigend in Kauf, dass Antragsteller auf ihren Kosten für unter Vorbehalt genehmigte Projekte sitzen bleiben. Es wurden vier Landesbeauftragte installiert, die keine echten Kompetenzen haben und den Verwaltungsapparat unnötig aufblähen. Das erfolgreichste Instrument der EU-Förderperiode 2007-2013, die Regionalisierten Teilbudgets (RTB), wurde gestrichen.



**Die Menschen vor Ort wissen am besten,
wie sie das Geld sinnvoll einsetzen.**



Verteilung der Fördermittel unabhängig von Himmelsrichtungen – Menschen vor Ort müssen entscheiden

Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, Programme zur EU-Förderung im Vorfeld solide zu erarbeiten. Dann kommt das Geld für wichtige Projekte rechtzeitig an. Der bürokratische Aufwand muss dabei so gering wie möglich sein. Die Menschen vor Ort wissen am besten, wie sie das Geld sinnvoll einsetzen. Die FDP-Fraktion befürwortet wie der Niedersächsische Landkreistag (NLT) und der Städte- und Gemeindebund (NSGB) Regionalisierte Teilbudgets zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), Innovationen und Infrastruktur. Diese haben in der vergangenen EU-Förderperiode nachweislich Arbeitsplätze erhalten und neu geschaffen.



Dringliche Anfrage: „Pleiten, Pech und Pannen? - Annulliert Ministerpräsident Weil seinen EU-Förderfahrplan?“
www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_17_5000/2501-3000/17-2755.pdf

14

Schifffahrtspolitik



Nur leere Worte – Kein Konzept für durchgängiges Wasserstraßennetz

Rot-Grün redet lediglich von der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Wasserstraße. Dabei verkennen die Regierungsfractionen die dringende Notwendigkeit, ein auf europäischer Ebene einheitlich durchgängiges Wasserstraßennetz zu schaffen. Nach ihren Vorstellungen sollen sich Schiffe den einzelnen Flüssen anpassen oder Binnenschiffe aus städtischen Umweltzonen ganz verbannt werden. Vor dem Hintergrund, dass ein Binnenschiff 50 bis 100 Lkws ersetzt, bringt diese Forderung nachweislich wenig.

Das gemeinsame Bündnis für den Elbe-Seiten-Kanal und der Ausbau des Stichkanal Salzgitter wurden durch die FDP-Fraktion initiiert.



Stärkung der Binnenschifffahrt als umweltfreundlicher Verkehrsträger

Die FDP-Landtagsfraktion hat den dringenden Handlungsbedarf in zahlreiche Entschlüsseungen zur Binnenschifffahrt gefasst. Unser Ziel ist es, den umweltfreundlichen Verkehrsträger Binnenschiff bei Massen- und Schüttgütern sowie bei Spezial- und Schwertransporten deutlich zu stärken, um damit die Straßen und die Umwelt spürbar zu entlasten. Hierfür ist ein durchgängiges Wasserstraßennetz mit modernen Bauwerken erforderlich. Das gemeinsame Bündnis für den Elbe-Seiten-Kanal und der Ausbau des Stichkanal Salzgitter wurden durch die FDP-Fraktion initiiert.



Unser Antrag: Güterverkehr auf die Wasserstraßen bringen - Stichkanal Salzgitter (SKS) ausbauen
www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_17_2500/1001-1500/17-1212.pdf

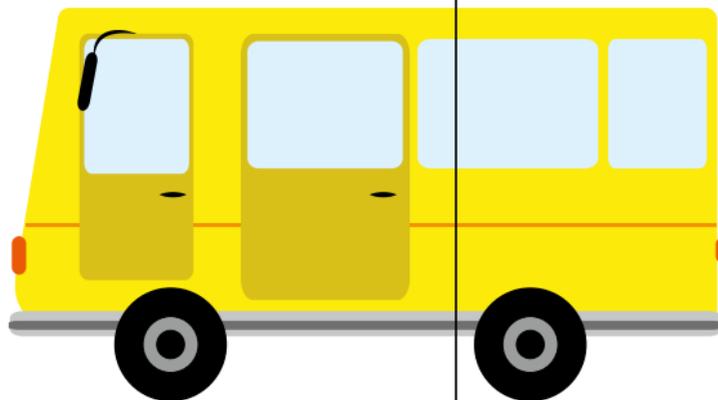
15

Bildungspolitik



Arbeitszeiterhöhung für Gymnasiallehrer verfassungswidrig

Zur Finanzierung der von Rot-Grün angestoßenen Bildungsreformen hat die Landesregierung die Unterrichtszeit von Gymnasiallehrkräften um eine Stunde pro Woche erhöht. Die so genannte „Zukunftsoffensive“ wurde somit zum Angriff auf die Lehrer in unserem Land. Klassenfahrten-Boykott, Demonstrationen von Schülerinnen, Schülern und Eltern waren die Folge. Schließlich hat das Oberverwaltungsgericht die Erhöhung der Arbeitszeit wegen Verfassungswidrigkeit kassiert.



Wir wollen die weltbeste Bildung für Niedersachsen.



Neueinstellung von 1.000 neuen Lehrkräften für gesicherte Unterrichtsversorgung

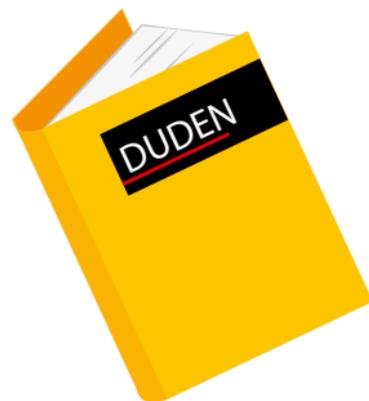
Wir wollen die weltbeste Bildung für Niedersachsen – und die hat ihren Preis. Statt ideologischer Grabenkämpfe wollen wir einen fairen Wettbewerb zwischen den Schulformen und eine hervorragende personelle Ausstattung für alle Schulen. Dazu gehört auch, dass Lehrkräfte angemessen bezahlt werden. Daher fordern wir die Erhebung der Arbeitszeit von Lehrern, wogegen sich die Landesregierung seit Jahren sträubt.



Unser Antrag: Unabhängige Erhebung über die tatsächliche Arbeitszeit von Lehrkräften in Niedersachsen
www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_17_5000/3501-4000/17-3674.pdf

16

Bildungspolitik



Abschaffung der Förderschulen Lernen und Sprache, Zwang zur Regelbeschulung

Dank SPD und Grünen laufen die Förderschulen Lernen aus. Neue Förderschulen Sprache dürfen nicht errichtet werden. Rot-Grün lässt Eltern, Schülerinnen und Schülern keine Wahl. Die „inklusive Schule“ wird zur Zwangsanstalt. In der Regelschule beträgt die Klassengröße 28 – sonderpädagogische Unterstützung gibt es nur auf dem Papier zwei bis drei Stunden pro Woche. In der Praxis fehlen Sonderpädagogen und die Regelschullehrkräfte werden allein gelassen.

**Inklusion muss dem Kindeswohl dienen,
nicht umgekehrt.**

Beste Bildung für jedes Kind durch Wahlfreiheit und pädagogische Mitarbeiter an Regelschulen

Wir wollen, dass Eltern, Schülerinnen und Schüler die freie Wahl zwischen Förderschulen und gut ausgestatteten, inklusiven Regelschulen haben. Inklusion muss dem Kindeswohl dienen, nicht umgekehrt. Daher müssen die Förderschulen Lernen und Sprache neben den anderen Förderschwerpunkten Emotionale und Soziale Entwicklung, Geistige Entwicklung, Hören, Körperliche und Motorische Entwicklung und Sehen erhalten bleiben.



Gesetzentwurf der FDP-Fraktion zur Änderung des Schulgesetzes
www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_17_5000/3501-4000/17-3600.pdf

17

Umweltpolitik



Naive Wolfsromantik statt Hilfe für Betroffene

Der Wolf migriert immer stärker nach Niedersachsen. Die Landesregierung begegnet dieser Ausbreitung mit absoluter Planlosigkeit und wird immer nur aktiv, wenn es nicht mehr anders geht. Die Förderrichtlinie Wolf mit einem Budget von 100.000 Euro für Billigkeitsleistungen und Präventionsmaßnahmen sowie nach langem Druck die Vereinfachung des Nachweises für Nutztierrisse sind nicht mehr als notwendige Ansätze. Ein Konzept fehlt an allen Ecken und Enden.

Um auf eine immer größer werdende Population des Wolfes vorbereitet zu sein, hat die FDP-Fraktion einen Gesetzentwurf zur Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht eingebracht.



Wolf ins Jagdrecht aufnehmen

Die FDP-Fraktion fordert die Erstellung eines Konzepts, wie man mit der weiteren Populationsentwicklung des Wolfes umgehen will. Zudem muss mehr Geld für Billigkeitsleistungen und Präventionsmaßnahmen bereitgestellt werden. Um auf mögliche neue Situationen bei einer immer größer werdenden Population des Wolfes vorbereitet zu sein, hat die FDP-Fraktion einen Gesetzentwurf zur Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht bei gleichzeitiger ganzjähriger Schonzeit in den Landtag eingebracht. Bei deutlich verhaltensauffälligen Wölfen muss die bereits heute bestehende Möglichkeit der Entnahme angewendet werden. Nur so kann die Akzeptanz des Wolfes in der Bevölkerung erhalten bleiben.



Gesetzentwurf der FDP-Fraktion zur Änderung des Jagdgesetzes
www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_17_5000/2501-3000/17-2883.pdf

18

Landwirtschaftspolitik



Rot-Grün wollte Tierschutz durch Ringelschwanzprämie zum Roulette-Spiel machen

Die ursprünglich geplante rot-grüne Ringelschwanzprämie hätte landwirtschaftliche Betriebe zu Tierversuchslaboren gemacht. Wer Prämien für 70 % unverletzte Schweineschwänze zahlen will, nimmt für die verbleibenden 30 % schwere tierquälerische Verletzungen in Kauf, wenn eine praxisnahe Beratung auf wissenschaftlicher Grundlage fehlt. Bei Versuchen der Tierärztlichen Hochschule Hannover wurden teilweise 95 % der Tiere verletzt. Die Studie dazu hat die Landesregierung monatelang unter Verschluss gehalten.

Es darf keine vorschnellen Verbote geben.



Neue wissenschaftliche Erkenntnisse für Umsetzung von mehr Tierwohl erforderlich

Die FDP-Fraktion setzt sich dafür ein, dass der Verzicht auf das Kupieren von Schweineschwänzen eines Tages möglich wird. Die Landwirte dürfen bei der Umsetzung nicht allein gelassen werden. Das gilt auch für den freiwilligen Kupierverzicht im Rahmen einer Prämie. Forschungseinrichtungen brauchen moderne Haltungssysteme, um Tierwohlverbesserungen praxisnah erforschen zu können. Es darf keine vorschnellen Verbote geben, die zu einer Verschlechterung des Tierwohls und einer Abwanderung der Tierhaltung ins Ausland führen sowie den niedersächsischen Betrieben die Existenzgrundlage entziehen.



Unser Antrag: Europäische Sauenhaltung auf neuste wissenschaftliche Erkenntnisse stellen
www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_17_2500/0001-0500/17-0273.pdf

19

Raumordnung



Raumplanung löst existenzielle Ängste bei Kommunen und Landwirten aus

Der Entwurf des rot-grünen Landesraumordnungsprogramms (LROP) ist ein Einstieg in den Stillstand. Die „Anpassung von Siedlungsbauten an den demografischen Wandel“ bedeutet den Rückbau von Gemeinden und Dörfern. Attraktivitätssteigerungen zum Wohnen im ländlichen Raum werden verhindert. Die zukünftige Nutzung von Rohstoffen wird massiv eingeschränkt, der Torfabbau sollte sogar komplett verboten werden. Die geplante Wiedervernässung landwirtschaftlicher Flächen würde Landwirte an den Rand ihrer Existenz treiben.

Die Landwirte dürfen nicht für das jahrzehntelange Nutzbarmachen von Äckern bestraft werden.



LROP muss grundsätzlich neu aufgestellt werden – kosmetische Korrekturen reichen nicht

Die FDP-Fraktion fordert eine Rücknahme beziehungsweise komplette Neuaufstellung des Landesraumordnungsprogramms. Gemeinden und Landkreise brauchen Gestaltungsspielräume für ihre Entwicklung. Auf die Ausweisung von rund 100.000 Hektar als Vorranggebiete für Torferhaltung und Moorschutz muss verzichtet werden. Die Landwirte dürfen nicht für das jahrzehntelange Nutzbarmachen von Äckern bestraft werden. Nach den Änderungen aus dem öffentlichen Anhörungsverfahren muss es eine intensive zweite Bürgerbeteiligung geben.



Unser Antrag: Den aktuellen Landesraumordnungsentwurf zurückziehen und grundlegend überarbeiten
www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_17_2500/2001-2500/17-2270.pdf

20

Wirtschaftspolitik



Niedersachsen ist in einer Gründerkrise

Bei der Existenzgründungsintensität liegt unser Bundesland auf dem drittletzten Platz der alten Bundesländer. Während deutschlandweit im Jahre 2014 60,9 Existenzgründungen je 10.000 Erwerbsfähige zu verzeichnen waren, liegt der Wert für Niedersachsen lediglich bei 55,2. Das zeigt: Niedersachsen hat einen dringenden Aufholbedarf bei Existenzgründungen.



Wir brauchen eine neue Kultur
der zweiten und dritten Chance.



Mentalitätswechsel für mehr Unternehmertum

Wir wollen Niedersachsen langfristig zur besten Gründerschmiede entwickeln. Wir brauchen eine neue Kultur der zweiten und dritten Chance und einen Mentalitätswechsel in Gesellschaft und Politik. Wichtig für eine gute Gründerkultur sind drei Dinge: kluge Köpfe, ein unkomplizierter Staat und mehr Kapital. Konkret fordern wir deshalb etwa den Inhalt des Faches „Wirtschaft“ um den Aspekt des Unternehmertums sowie der Existenzgründungen zu erweitern. Zudem sollte die Förderung von Existenzgründungen im Hochschulentwicklungsvertrag verankert werden. Wichtig ist ebenfalls ein bürokratiefreies erstes Jahr für Existenzgründer, so dass zu Beginn der Gründungsphase die Anmeldung des Gewerbescheins ausreicht. Und es muss alles beseitigt werden, was unternehmerisches Handeln behindert - also ein kompliziertes Vergabegesetz oder Aufzeichnungspflichten beim Mindestlohn.



Unser Antrag: Gründerschmiede Niedersachsen - mehr Engagement für eine neue Gründerkultur
www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_17_5000/3501-4000/17-3533.pdf

Freie Demokraten



im Landtag
Niedersachsen **FDP**

**FDP-Fraktion im
Landtag Niedersachsen**

Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

info@fdp-fraktion-nds.de

www.fdp-fraktion-nds.de/Halbzeitbilanz